

## Soziales

### Rente mit 63 benachteiligt Frauen

Die Rente mit 63 wird vor allem von gut situierten, männlichen Arbeitnehmern genutzt. Mit durchschnittlich 1147 Euro pro Monat erhielten die neuen Frührentner im vergangenen Jahr eine vergleichsweise üppige gesetzliche Versorgung. Normalen Altersrentnern, die 2014 in den Ruhestand gingen, standen durchschnittlich nur 752 Euro zu. Allerdings gibt es zwischen den Geschlechtern ein erhebliches Gefälle: Männer, die die abschlagsfreie Rente mit 63 nutzen, erhiel-

ten eine Zahlung von durchschnittlich 1239 Euro, Frauen nur von 947 Euro, wie aus einer Antwort des Bundessozialministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundstagsfraktion hervorgeht. Als einer der Gründe gilt, dass Frauen oft in weniger gut dotierten Berufen und Branchen arbeiten. Von Juli bis Ende Dezember 2014 nutzten 136 000 Senioren die neue Regelung, knapp ein Drittel davon war weiblich. „Die Rente ab 63 ist eine Männerrente. Sie vergrößert die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen“, sagt Markus Kurth, rentenpolitischer Sprecher der Grünen. [cos](#)

## Prostitution

### Strengere Regeln

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) hat ihren Gesetzentwurf für das sogenannte Prostituiertenschutzgesetz auf Drängen der Unionsfraktion erneut verschärft. Vor allem die Regeln für Sexarbeiter werden strenger. So sollen Prostituierte direkt mit einem Bußgeld be-

legt werden, wenn sie ihre Anmeldebestätigung nicht vorweisen können. Im ersten Entwurf hatte es noch geheißen, dass die Verstöße „beharrlich“ sein müssten, um als Ordnungswidrigkeit geahndet werden zu können. Anders als bislang geplant wird auch „Gelegenheitsprostitution“ unter das neue Gesetz fallen. Die Unionsfraktion hatte befürchtet, dass das Milieu diese sonst als Schlupfloch nutzen könnte. Außerdem müssen die Sexarbeiter ihre verpflichtenden Beratungsgespräche mit staatlichen Behörden führen. Schwesig hatte vorgeschlagen, dass die Landesregierungen auch privat organisierte Fachstellen für die Beratung einsetzen können. [akm](#)



## Waffen

### Gefährliche Dekoration

Ein spektakulärer Waffenfund in Nordfriesland hat europaweite Dimensionen. Ein 35-Jähriger war ins Visier der Ermittler geraten, weil er Deko-Maschinenpistolen bei einer slowakischen Firma bestellt haben soll; diese lassen sich offenbar leicht zu schussfähigen Waffen umbauen und wären daher in Deutschland verboten. Das

Verfahren ist eines von mehreren in Zusammenhang mit der Firma. Auch eine Waffe des Pariser Attentäters Amedy Coulibaly soll aus dieser Quelle stammen; er erschoss im Januar in einem jüdischen Supermarkt vier Menschen. Bei der Hausdurchsuchung in Nordfriesland stieß die Polizei nun zufällig auf ein ganzes Waffenarsenal, darunter Panzerfäuste und 90 Kilogramm TNT. Der Mann gab als Motiv Sammelleidenschaft an. [gla, wow](#)

## Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

### Das Geld der anderen



In Venezuela hat die Regierung das Fotografieren in Supermärkten verboten. Seit die Inflation durch die Decke geht, ist in dem sozialistischen Vorzeigestaat schon Kaffee ein Luxusgut, für das man stundenlang anstehen muss. Weil die Mangelwirtschaft nicht dem Bild entspricht, das der Chavismo von sich selbst entwirft, hat der Präsident verfügt, dass jedes Foto eines leeren Regalbretts als unvenezolanisch gilt und entsprechend geahndet wird.

Mal sehen, was sich Alexis Tsipras und seine Leute einfallen lassen, wenn der Syriza-Sozialismus an seine Grenzen stößt. Vielleicht hängen sie überall griechische Fahnen auf, um die Krise zu verdecken. Oder sie verbieten das Fotografieren ganz. Da kein Tourist ohne Bilder auskommt, wäre immerhin der Postkartenindustrie geholfen.

Das Problem aller linken Politik ist ihre Abhängigkeit vom Glück der Umstände. Das sozialistische Experiment geht nur gut, solange man über eine Quelle verfügt, die lustig sprudelt, egal was man anstellt. In Venezuela war es das Öl, das es der Regierung erlaubte, den Marxismus unter Palmen wiederzubeleben, in Griechenland ist es das Geld der Deutschen. Ändert sich die Lage, weil der Ölpreis in den Keller rutscht oder die Geldgeber lieber ihre alten Kredite abschreiben, als neue auszureichen, bricht das Geschäftsmodell zusammen.

Der Syriza-Sozialismus ist die Fortführung der Pubertät mit politischen Mitteln. Oder wie soll man es nennen, wenn jemand darauf beharrt, er wolle auf eigenen Füßen stehen, aber ständig zu den Eltern pilgert, weil er ohne ihr Geld nicht auskommt? Erwachsensein bedeutet, für die eigenen Fehler geradzustehen. Das Merkmal der Jugend ist es, fröhlich die Konsequenzen des eigenen Handelns zu ignorieren. Im Notfall läuft man eben zu Mama und hofft, dass sie geraderückt, was man verbockt hat. Es ist kein Zufall, dass die Träger der revolutionären Idee meist wohlhabende Bürgerkinder sind, die nach einigen Jahren Dies-und-das-Studium beschlossen haben, ihre Kenntnisse aus dem Trotzismus-Seminar in der Regierungspraxis auszuprobieren.

Mit dem Ergebnis müssen andere fertig werden. Der Revolutionär setzt sich aufs Motorrad und braust davon, wenn die Sache schief läuft. Linkssein muss man sich im wahrsten Sinn des Wortes leisten können. Wer darauf angewiesen ist, dass der Supermarkt pünktlich öffnet, die Bankautomaten funktionieren und die Bahn fährt, ist im Krisenfall ziemlich gekniffen, weshalb der Trotzismus auch selten über das akademische Milieu hinausfindet, in dem er so prächtig gedeiht.

Sollten in Griechenland die Lichter ausgehen, werden Tsipras' Minister wieder am Pool ihrer Häuser auf Kreta und Santorin sitzen und lange Riemen schreiben, warum sie mit allem recht hatten. Ich bin der Letzte, der Menschen ihre Swimmingpools neiden würde. Ich finde es nur seltsam, wenn man die Rechnung für die eigenen Fehler Leuten überlässt, die sich die Begleichung derselben wirklich nicht leisten können.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.